

Dienstag, 13. Januar 1953.

Postulat Gitermann.

Politisches Departement. Antrag vom 9. Oktober 1952 (s.Beilage).
Departement des Innern. Mitbericht vom 20.10.1952 (Zustimmung).
Justiz- und Polizeidepartement. Mitbericht v.14.10.1952 "
Militärdepartement. Mitbericht vom 28. Oktober 1952 (Prüfung der
Frage der industriellen Produktion und
Anwendung der Atomenergie, mit Ein-
schluss der Vorbereitung einer Gesetzes-
vorlage durch das Post-& Eisenbahndept.
Finanz- und Zolldepartement. Mitbericht vom 29.10.1952 (Zustimmung).
Volkswirtschaftsdepartement. Mitbericht vom 31.10.1952 (s.Beilage).
Post- und Eisenbahndepartement. Mitbericht vom 6.1.1953 (Zustim-
mung zum Mitbericht des EVD).
Politisches Departement. Vernehmlassung vom 12.1.1953 (Zustimmung
zum Mitbericht des EVD).

In der Beratung wird festgestellt, dass der Mitbericht des Militärdepartementes durch die stattgefundene Konferenz hinfällig geworden ist.

Nachdem das Politische Departement den Anträgen im Mitbericht des Volkswirtschaftsdepartement zustimmt, wird

b e s c h l o s s e n :

1. Das Justiz- und Polizeidepartement wird beauftragt, im Anschluss an das Postulat Gitermann die Frage einer gesetzlichen Regelung auf dem Gebiet der Atomenergie in umfassender Weise abzuklären.
2. Das Justiz- und Polizeidepartement bearbeitet die Frage gemäss Ziff.1 und setzt sich bei der Vorbereitung der gesetzlichen Regelung auf dem Gebiet der Atomenergie vor allem in Verbindung mit dem Post- und Eisenbahndepartement, dem Volkswirtschaftsdepartement, dem Militärdepartement und dem Politischen Departement.
3. Das Justiz- und Polizeidepartement ist ermächtigt, die zur Abklärung der Frage notwendigen Massnahmen zu treffen, insbesondere eine Kommission von Sachverständigen zu bestellen, in der die in Ziffer 2 angeführten Departemente vertreten sein sollen, und nötigenfalls eine ausserhalb der Verwaltung stehende Persönlichkeit mit der Bearbeitung der Frage im einzelnen unter seiner Verantwortung zu beauftragen.
4. Dringliche Fragen betreffend die Atomenergie, insbesondere die Kontrolle der Anwendung der Atomenergie aus Gründen der staatlichen Sicherheit sowie des Schutzes von Personen und Sachen, sind möglichst rasch einer Lösung entgegenzuführen und gegebenenfalls vor einer allgemein gesetzlichen Regelung besonders zu ordnen.

Protokollauszug in 10 Exemplaren an das Politische Departement zum Vollzug und an die übrigen Departemente zur Kenntnis.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

F Weber